Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **66 (1974)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Die politische Mitte steht rechts

Helga Grebing ist Professor für Sozialgeschichte an der Universität Göttingen und hat vor kurzem ein politisch hochaktuelles Buch mit dem Titel «Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus – eine falsche Gleichung» veröffentlicht. Die Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, *«Der Gewerkschafter»*, publiziert nun in der Januar-Nummer ein Interview mit Frau Dr. Grebing. Als erstes wird in diesem Gespräch versucht, die politischen Begriffe «rechts» und «links» richtig einzuordnen. Nach einem kurzen Exkurs in die Geschichte resümiert Frau Grebing wie folgt: «Rechte und Linke liessen sich danach historisch wie aktuell daran unterscheiden, ob sie den trotz gelegentlicher Rückschläge im Weltmassstab fortschreitenden Demokratisierungsprozess fördern oder hemmen beziehungsweise rückgängig machen wollen.» Auf die auch bei uns stets aktuelle Fragen nach der Position der sogenannten politischen Mitte antwortete die Interviewte: «Diese Position bestimmt sich traditionell als angeblich realitätsbezogene, gemässigte Mitte; sie ordnet sich selbst ein als 'goldene Mitte' zwischen den Extremen, als eine Mitte, die meint, im Grunde das gesellschaftliche 'Ganze' zu repräsentieren, das es so nicht gibt. Häufig richtet sich diese Mitte bei ihrer eigenen Positionsbestimmung jedoch nur an den Zerrformen rechten wie linken Denkens aus, um ihre Unfähigkeit, klare Position zu beziehen, zu verschleiern. In historischen Krisenzeiten allerdings hat – zumindest in Deutschland – diese gemässigte Mitte immer für eine Politik von rechts gestimmt.»

Frau Grebing macht sich im weiteren lustig über den modischen Drang zur Volkspartei. Es besteht zwischen den sogenannten Volksparteien der ehrgeizige Streit, die Mitte zu sein. «Das aber ist – in Verkennung oder Leugnung der tatsächlichen Interessengegensätze – eine unpolitische Haltung.» Interessant ist auch ihre Antwort auf die Frage nach dem konkreten Inhalt von Rechts- und Linksradikalismus. Sie meint hierzu: «Rechtsradikal – und nicht nur einfach rechts – sind antidemokratische Bewegungen, Tendenzen, Gruppen, Ideologien, die einen in der bestehenden Gesellschaft bereits erreichten Zustand der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung rückgängig machen wollen; sie bedienen sich dazu aller Möglichkeiten der Manipulation und auch der Gewalt. Linksradikal – und nicht mehr einfach links – sind Tendenzen, Bewegungen, Gruppen, Ideologien mit emanzipatorischem Anspruch, die den bestehenden Zustand der Demokratie als scheindemokratisch überwinden wollen, die als Vorhut eine ‚wahre Volksdemokratie' revolutionär, auch ohne die Zustimmung derer, die befreit werden sollen, erzwingen wollen. Gewalt wird von ihnen nicht nur als letztes Mittel notfalls in Kauf genommen, sondern als ein entsprechendes Mittel sogar ausdrücklich befürwortet.»

Zahlen und Fakten aus Grossbritanniens Arbeitswelt

Äusserst informativ ist ein Beitrag von Otto Fielhauer in Nummer 3 der österreichischen Gewerkschaftsmonatsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»*. Er trägt die Überschrift «England braucht eine Revolution» und setzt sich mit der politischen und gewerkschaftlichen Situation in England auseinander. Einige der darin enthaltenen Informationen seien hier wiedergegeben: Nach dem grossen Bergarbeiterstreik des Jahres 1926 standen die britischen Kumpels an der Lohnspitze der englischen Arbeiterschaft. Bis 1970 fielen die Bergarbeiterlöhne vom ersten auf den dreizehnten Platz. Von den 25 Millionen britischer Arbeitnehmer sind nur neun Millionen gewerkschaftlich organisiert. Diese sind an insgesamt 466 Gewerkschaften angeschlossen. Im Durchschnitt gab es in jedem der letzten Jahre rund 2000 Streiks mit einem Total von zirka 20 Millionen Arbeitstagen. Im Jahre 1972 verfügte die Regierung Heath, dass Löhne nur um kleine Prozentsätze erhöht werden durften. Gleichzeitig aber stellte die Königin eine Forderung um Gehaltserhöhung von nicht weniger als 106 Prozent. Der Reallohn der britischen

Arbeiter stieg von 1968 bis 1972 nur um 8 Prozent, ihre Arbeitslöhne gehören mit den italienischen und irischen zu den niedrigsten in Europa. Es ist auch nicht verwunderlich, dass bei einer Million Arbeitsloser und eigentlichen Notstandsgebieten, so in Wales, Nordengland und Schottland, immer mehr Briten als Gastarbeiter nach Deutschland gehen, wo sie um die Hälfte mehr verdienen können als in ihrer Heimat. «Die Konservativen», sagte der Labour-Abgeordnete Michael Foot, «haben in ihrer Amtszeit für die Reichen viel mehr getan als für die Armen – vor allem haben sie für Steuererleichterungen für die Besitzenden gesorgt. Wenn wir wieder an die Macht kommen, wird Labour eine viel linkere Politik vertreten als früher. England hat eine Revolution nötig. Sie wird aber, so hoffe ich, auf parlamentarischem Wege verwirklicht werden.»

Hinweis

Als die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich im vergangenen Herbst im Zusammenhang mit den bevorstehenden Gemeinde- und Stadtratswahlen an einer Delegiertenversammlung ein Papier verabschiedete, welches die Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen für Behördevertreter regelte, ging ein bewusst hochgespielter Sturm der Entrüstung durch die Schweizer Presse. Auch in der Bundesrepublik steht die Diskussion um das «Imperative Mandat» schon seit einiger Zeit im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen. Im theoretischen Monatsorgan der SPD, der *«Neuen Gesellschaft»*, findet sich nun in Heft 3 eine Zusammenfassung der verschiedenen Standpunkte. Eingeleitet wird sie durch ein Streitgespräch zwischen dem SP-Oberbürgermeister von Frankfurt, Rudi Arndt, und Karsten D. Voigt. Es folgen einige verfassungsrechtliche Fussnoten zum umstrittenen Thema von Wieland Hempel, die «rechtlichen und politischen Bedenken» formuliert Martin Gralher, und den Pro-Standpunkt vertritt Peter Dörsam unter der Überschrift «Eine politische Selbstverständlichkeit».

Publikationen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Bigler Walter:	Kommentar zum Arbeitsgesetz Bern 1966, 270 Seiten, Fr. 18.– für Gewerkschaftsmitglieder Fr. 10.80
Hardmeier Benno:	Aus der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung Bern 1970, 156 Seiten, Fr. 9.–
Schweingruber/Bigler:	Kommentar zum Gesamtarbeitsvertrag mit Einschluss der Allgemeinverbindlicherklärung Bern 1972, 160 Seiten, Fr. 20.– für Gewerkschaftsmitglieder Fr. 12.–
Zeghers/Monney:	Arbeitnehmer und Gewerkschaft Untersuchung der Uniprognosis Bern 1972, 211 Seiten, Fr. 30.– für Gewerkschaftsmitglieder Fr. 18.–
SGB/DGB/OeGB:	Menschengerechte Arbeitsgestaltung Köln 1972, 56 Seiten, Fr. 1.80
SABZ:	Die Gewerkschaften in der Schweiz Wesen und Struktur einst und jetzt Bern 1970, 48 Seiten, Fr. 2.–